

Handwerkssekretäre!

Schon lange war es der Wunsch einsichtiger Handwerker, für ihren Stand besondere Handwerksbeamte in einzelnen Bezirken zu schaffen...

Zunächst erhalten die Mitglieder des Verbandes, um der Rundschaft nicht als aufdringlich zu erscheinen...

Antw. Beschl. des Kreisverbandes bin ich verpflichtet, Rechnungsbeiträge, die nicht innerhalb...

Dieser Vermerk hat den Vorteil, daß die Regelung der Rechnung häufig schneller geschieht und es einer Mahnung des Handwerksmeisters nicht mehr bedarf...

Soweit die Einrichtung! Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Kreditgenossenschaft ebenfalls dieses Einziehungsamt einrichten kann...

Nicht minder wichtig als der Weg, auf dem die finanzielle Möglichkeit der Anstellung eines Handwerkssekretärs geschaffen wird, sind die Aufgaben, die dem Handwerkssekretär überwiesen werden...

Natürlich steht nichts im Wege, den Aufgabenkreis des Handwerkssekretärs weiter zu stecken, als es der genannte Kreisverband getan hat...

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 14. April 1910.

Die Zweite Kammer erledigte heute eine ausführliche Tagesordnung in Gegenwart der Herren Staatsminister Dr. von Müller und Graf Bismarck von Eckardt.

Zunächst stand auf der Tagesordnung Kapitel 34 des ordentlichen Etats, betreffend Ordenskanzlei. Die Finanzdeputation A beauftragte durch den Berichterstatter Sekretär Anders die Einnahmen mit 520 Mark und die Ausgaben mit 40 000 Mark zu genehmigen.

Abg. Hettner (nat.-lib.) erklärt, daß die größte Mehrheit seiner politischen Freunde an dem der Krone zustehenden Rechte der Ordens- und Titelverleihungen nichts geändert wissen wolle...

Abg. Dr. Roth (frei.) spricht sich namens der freisinnigen Fraktion gegen die Bewilligung der Mittel für die Ordensverleihungen aus. Die freisinnige Fraktion würde dagegen stimmen.

Abg. Merkel (nat.-lib.) sprach sich ebenfalls gegen die Ordensverleihungen aus und hätte gewünscht, daß ein Abstrich an dem Kapitel erfolgt wäre.

Abg. Hartmann (nat.-lib.) teilt ebenfalls einen Fall mit, nach dem ein um das Gemeinwesen einer kleinen Stadt verdienter Mann ebenfalls nicht berücksichtigt worden sei.

Abg. Sieder mann (Soz.) spricht sich gegen die Annahme des Kapitels aus.

Vizepräsident Opitz (kons.) betont, daß die Ordensverleihung ein Recht der Krone sei, an dem keine Kritik geübt werden dürfe.

Nachdem sich noch die Abg. Günther (frei.) und Langhammer (nat.-lib.) gegen die Bewilligung des Kapitels ausgesprochen hatten, wurde das Kapitel mit 48 gegen 31 Stimmen genehmigt.

An zweiter Stelle standen Kapitel 42 und 43 des ordentlichen Staatshaushaltsetats, betreffend das Ministerium des Innern, die Kreis- und die Amtshauptmannschaften...

Zur Debatte sind nicht weniger als 22 Redner gemeldet. Zuerst sprach Abg. Brodau (frei.) und wünscht Abstriche bei verschiedenen Kapiteln. Dann kritisiert er die Wohnungsgelder und Tagespfeifen der Amtshauptleute...

Abg. Nischke (nat.-lib.) konstatiert, daß die Stellung des Herrn Ministers des Innern eine sehr schwierige sei. Er könne wohl mit Recht sagen: Minister werden ist nicht schwer, Minister sein dagegen sehr.

Abg. Dr. Sähnel (kons.) vertritt den Standpunkt der Deputation bezüglich der Wohnungsgeldzuschüsse der Amtshauptleute. Auch er habe den Wunsch, daß nicht so viele Wechsel in der Besetzung der Amtshauptmannschaften eintreten.

Abg. Nillge (Soz.) wendet sich gegen die „Nadelstichpolitik“ der sächsischen Regierung und ist der Meinung, daß zum Beispiel Graf Hohenthal die ehrliche Absicht gehabt habe, keine Nadelstichpolitik zu treiben...

Abg. Dr. Sähnel (kons.) vertritt den Standpunkt der Deputation bezüglich der Wohnungsgeldzuschüsse der Amtshauptleute. Auch er habe den Wunsch, daß nicht so viele Wechsel in der Besetzung der Amtshauptmannschaften eintreten.

Abg. Dürr (freikons.) spricht den Wunsch nach einer Revision des A-Gesetzes aus. Im ersten Falle sollten doch nicht gleich immer Gast- und Gefängnisstrafen zuerkannt werden.

Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt geht in ausführlicher Weise auf die Einzelheiten der Debatte ein. Die Abschaffung der Gespangelder der Amtshauptleute würde keine Verbilligung, sondern ein Verteuerung bedeuten.

Abgrenzung der Verwaltungsbehörden werde angestrebt. Ueber die Baugenehmigungen existieren genaue Vorschriften, doch müßten die Baupläne aufmerksam geprüft werden.

Abg. Dr. Löhner (nat.-lib.) besprach ausführlich die Frage der Versicherungsamtänner und äußerte den Wunsch, daß die Einberufung des Landtages früher bekannt gegeben werden möchte.

Abg. Dr. Roth (frei.) erörtert unter zunehmender Heftigkeit eine Angelegenheit aus Bernstadt und bat um eine Untersuchung derselben durch die Staatsregierung.

Vizepräsident Opitz (kons.) verteidigt die konservative Partei gegen verschiedene Vorwürfe des Abg. Brodau und erwidert ihm, in Zukunft vorsichtiger mit seinen Äußerungen zu sein.

Abg. Fleißner (Soz.) bezeichnet Sachsen noch immer als Polizeistaat, obwohl er anerkennen wolle, daß es doch hier und da besser geworden sei.

Abg. Döhler (nat.-lib.) äußert Wünsche bezüglich der ärztlichen Zeugnisse bei Ueberführungen in Krematorien.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Kumpelt weist darauf hin, daß Gerichtsassistenten in gewissen Fällen als beamtete Ärzte anzusehen seien.

Abg. Günther (frei.) ist der Meinung, daß Herr Vizepräsident Opitz die Ausführungen des Abg. Brodau vollständig mißverstanden habe.

Vizepräsident Opitz (kons.) wendet sich gegen den Abg. Günther und macht ihn darauf aufmerksam, daß die Freisinnigen hauptsächlich mit Hilfe der Konservativen in den Landtag gekommen seien.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schelcher präzisiert den Standpunkt der sächsischen Staatsregierung zur Reichsversicherungsordnung und macht Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit.

Abg. Lange (Soz.) wünscht eine gleichmäßige Behandlung der politischen Vereine und der Geselligkeitsvereine und führt eine Anzahl Beispiele an.

Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt antwortet auf die Ausführungen des Abg. Lange und betont, daß große politische Vereine nicht mit kleinen geschlossenen Gesellschaften gleichmäßig behandelt werden können.

Abg. Lange (Soz.) wünscht eine gleichmäßige Behandlung der politischen Vereine und der Geselligkeitsvereine und führt eine Anzahl Beispiele an, aus denen eine ungleichmäßige Behandlung hervorgehen sollte.

Die übrigen noch auf der Liste stehenden 17 Redner hatten mittlerweile — abends 1/4 Uhr — auf das Wort verzichtet, so daß die Debatte geschlossen war.

Die Petition des Bezirksverbandes der Gastwirte der Amtshauptmannschaft Nötha um Ausdehnung der Bedürfnisfrage bei der Konzessionierung von Schankwirtschaften auch auf diejenigen Schankwirtschaften, welche alkoholfreie Getränke verschicken...

Abg. Schönfeld (kons.) ist der Meinung, daß die Petition wohl berechtigt sei.

Die Petitionen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und des Bundes der Technisch-

Vertical text on the left margin, including prices and other small notices.